SPD

2009
2014

Qualität für Menschen im Rheinland

Berichte aus der Arbeit der SPD-Fraktion in der 13. Landschaftsversammlung Rheinland 2009 – 2014

LVR
Qualität für Menschen

Herausgeber
SPD-Fraktion in
der Landschaftsversammlung Rheinland
Kennedy-Ufer 2, 50663 Köln

Zeichnungen:
© Reinhild Kassing

Layout und Druck:
LVR-Druckerei,
Ottoplatz 2, 50679 Köln,
Tel 0221 809-2418

Inhalt

Vorwort 3

Personal 5

Finanzen 8

Bau 10

Jugend 13

Jugendhilfe Rheinland 16

Soziales 18

Inklusion 21

Schule 26

Gesundheit 28

Heilpädagogische Hilfen (HPH) 30

Umwelt 33

Kultur 36

Rechnungsprüfung 38

Mitglieder der SPD-Fraktion
in der 13. Wahlperiode (2009 – 2014) 41

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

die 13. Wahlperiode der Landschaftsversammlung Rheinland geht zu Ende, Zeit für eine Bilanz, die wir mit dieser Broschüre gerne vorstellen wollen.

Wir konnten unsere erfolgreiche Zusammenarbeit aus der 12. Wahlperiode mit unseren Partnern von Grünen und FDP fortsetzen. Und, um das vorab klarzustellen, wir haben auch vor, diese konstruktive und für die Kommunen im Rheinland spürbar entlastende Arbeit in der Gestaltungsmehrheit erneut durch einen Koalitionsvertrag zu besiegeln. Wenn denn die Mehrheiten dies zulassen.

Warum wir das wollen, wird durch die Berichte aus unseren Arbeitskreisen deutlich.
Die Gestaltungsmehrheit hat diesen Namen verdient, weil sie sich kontinuierlich für die Interessen der uns anvertrauten Menschen eingesetzt hat, weil sie für stabile und verlässliche Finanzen gesorgt und ihre Arbeitsschwerpunkte nachhaltig be- und abgearbeitet hat!

Auf Initiative der SPD-Fraktion hin haben wir das Thema Inklusion zum Arbeitsschwerpunkt dieser zu Ende gehenden Wahlperiode gemacht. Hier haben wir die Bildung einer Kommission Inklusion, mit unserer Inklusionsbeauftragten Dorothee Daun an der Spitze, durchsetzen können. Die Kommission hat sich nicht nur mit den einzelnen Feldern des Themas beschäftigt, sie hat unter Beteiligung der Betroffenen an dem im April beschlossenen Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention des Landschaftsverbandes Rheinland sehr intensiv mit gearbeitet. Sie hat aber auch darüber gewacht, dass alle beim Landschaftsverband Rheinland anstehenden Themen immer auch unter dem Blickwinkel der Inklusion beleuchtet wurden.
Was unsere Kommissionen und Ausschüsse angeht, ist die SPD-Fraktion gut aufgestellt.

... und was dazu im Einzelnen geleistet wurde, könnt Ihr/können Sie auf den folgenden Seiten nachlesen. Wir gehen davon aus, auch die nächsten sechs Jahre verantwortlich die Gestaltung der Verhältnisse im Rheinland übernehmen zu können.

Wir freuen uns darauf!
Beim Lesen der Lektüre wünsche ich viel Spaß

Euer/Ihr
Jürgen Rolle

Personal

Arbeitskreisleiter
Albert Holzhauer

Dem Personalausschuss obliegt eine Querschnittzuständigkeit. Über alle Organisationsgrenzen dient sie dem Wohl des Landschaftsverbandes Rheinland, den Menschen im Rheinland und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Er trifft im Spannungsfeld der Aufgabenerledigung und der Humanität am Arbeitsplatz seine Entscheidungen.
Als modernes Dienstleistungsunternehmen beschäftigt der Landschaftsverband mehr als 15.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese sind bei unverändertem Personalkörper alle gefordert, sich ständig neuen Herausforderungen zu stellen.
Die Personalpolitik ist verpflichtet, im Sinne einer effektiven Aufgabenerledigung die Personalentwicklung durch Grundsatzentscheidungen zu steuern. Die Ausrichtung dieser Entscheidungen hat sich zu orientieren an den Aufgabenzielen. Die Politik legitimiert das Personalmanagement und die Personalarbeit und nicht die Akteure zur Durchführung ihrer eigenen Interessen. Bei unseren Entscheidungen haben wir uns als Politik von den Grundsätzen der Leistung, Eignung und persönlichen Befähigung, Art. 33 GG, leiten zu lassen.

Als weitere Handlungsoption galt und gilt, dass das Personal der Aufgabe folgt. Veränderungen in der Aufgabenstellung erfordern Veränderungen im Personalkörper und flexible Anpassung der Personallage. Die Aufgabe schnell, bürger- und umweltfreundlich umzusetzen, gehört zu den obersten Zielen der Entscheidungsträger. Bei den vielen Personalentscheidungen orientierte sich die Gestaltungsmehrheit stets an diesen Grundsätzen und weitgehend im Einvernehmen mit der Personalvertretung. Hierbei haben sich Verwaltung und politische Entscheidungsträger im Fachausschuss „Personal“ und ihrer damit verbunden Rolle bewährt.

Die Verlagerung von Kompetenzen im Rahmen von Personalentscheidungen auf die Krankenhausausschüsse ist abgeschlossen. Die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung ist in Kraft. Der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Korruption scheint gelungen, da keine diesbezüglichen Vorgänge bekannt geworden sind.
Die Zuständigkeit des Personalausschuss als Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb „InfoKom“ hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.

Die wesentlichen Entscheidungen:

Budgetierung

Der Haushaltsbegleitbeschluss und damit die Budgetierung haben sich in ihren Grundzügen seit 2006 bewährt und den Dezernaten größere Handlungsfreiheit und Führungsverantwortung übertragen. Insgesamt konnten hierdurch enorme Ressourcen und Einsparungsmöglichkeiten erwirtschaftet werden. Allerdings sind der Einkommensentwicklung durch Tarifabschlüsse die unabweisbar notwendigen Anpassungen der Budgets für die verantwortlichen Dezernate in den Jahren 2010 bis 2013 geschuldet. Die Budgetierung sollte auch zukünftig zu den politischen Steuerungsmöglichkeiten gehören.

Ausbildungsquote

Nach Beratung und Zustimmung des Personalausschusses liegt die Ausbildungsquote mit 7,7 % über Plan, um dem drohenden Personalabbau im Rahmen der demographischen Entwicklung zu begegnen.

Schwerbehindertenquote

Mit seiner Schwerbehindertenquote von knapp 9 % und der Unterstützung der Gestaltungsmehrheit handelt der LVR vorbildlich in Nordrhein-Westfalen und wird seiner Rolle als behindertenfreundlicher Arbeitgeber gerecht.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Durch die vielfältigen Arbeitszeitmodelle im LVR, die mit Genehmigung des Personalausschusses angeboten werden, kommen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr frühzeitig aus der Elternzeit zurück. Unser Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wird durch dieses Modell attraktiver. Die Einrichtung einer Mutter-Kind-Betreuung und der Vertrag mit der AWO zum Elternservice – initiiert von der SPD-Fraktion – runden die Bemühungen des LVR als familienfreundlicher Arbeitgeber ab.

Organisation

Zu den Verpflichtungen des Personalausschusses gehört es, sich auch politisch mit einer sinnvollen Aufbau- und Ablauforganisation zu befassen. Diese Kernaufgabe ist durch mehrere Anträge der Gestaltungsmehrheit immer wieder gefordert worden. Hiermit wird deutlich, dass der LVR – getragen von politischen Entscheidungen der Gestaltungsmehrheit – alle Möglichkeiten eines effizienten Personaleinsatzes genutzt hat. Die Konsolidierung der Personalaufwendungen gehört zu den ständigen Führungsaufgaben. Das hat sich auch auf die Landschaftsumlage positiv ausgewirkt.

InfoKom

Am 13.12.2012 feierte LVR-InfoKom ihren 50. Geburtstag. Hierzu schrieb die „Kommune 21" in ihrer Fachzeitschrift: „LVR-InfoKom, das Systemhaus des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), feiert sein 50-jähriges Bestehen. Was 1962 als kleines Behördensachgebiet mit nur einem Rechner begann, ist heute einer der größten kommunalen IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen mit rund 370 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern".

Damit wird die Bedeutung unseres Eigenbetriebes in der Datenverarbeitung deutlich.

Rund 1,2 Millionen Menschen profitieren pro Jahr direkt oder mittelbar von den Dienstleistungen. Alle Leistungen von LVR-InfoKom sind orientiert an den Kernaufgaben des Landschaftsverbandes Rheinland und unterliegen einer ständigen Prozessoptimierung. Die politisch gewollte Rechtsform des Eigenbetriebes hat positiven Einfluss auf die Entwicklung des

Unternehmens. Mit der Beschlussfassung für ein gemeinsames Rechenzentrum mit der Stadt Köln in Köln-Chorweiler fand eine wichtige politische Zukunftsentscheidung statt.
Das neue Rechenzentrum hat nach seiner Errichtung wichtige umweltrelevante Auszeichnungen für höchste Standards in Sachen Sicherheit und Energieeffizienz 2012 erhalten.

LVR-InfoKom ist auch Lösungslieferant für das gesamte Personalmanagement, wie z.B.

- E-Recruting
- Personalabrechnung
- Personaladministration
- Personalkostenplanung
- Personalbeschaffung und
- Personalentwicklung

LVR-InfoKom ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck und hat sich, so will es die Gestaltungsmehrheit, daran zu orientieren, dass der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt der Datenverarbeitung stehen. Leider sind die Ergebnisse kommunaler Zusammenarbeit nicht immer erfolgreich zu führen. So sind die sehr intensiven Verhandlungen, gemeinsam mit der Stadt Köln eine Datenverarbeitungsgesellschaft zu organisieren, zunächst auf Eis gelegt. Vielleicht ist die Zeit für ein gemeinsames Systemhaus mit der Stadt Köln noch nicht reif. Andere interkommunale Projekte konnten sehr erfolgreich eingeführt werden. Beispielhaft ist hier das Projekt LOGINEO zu nennen, das es erlaubt, eine kommunale Komplettlösung für alle Schulformen einzuführen. Die Zusammenarbeit mit dem KRZN (Kommunales Rechenzentrum Niederrhein) klappt hervorragend.
Zusammenfassend lässt sich feststellen, es war eine wichtige und richtige politische Entscheidung, LVR-InfoKom als Eigenbetrieb zu organisieren.

Finanzen

Arbeitskreisleiter
Klaus Kösling

Die Finanzpolitik der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung ist geprägt davon, für unsere Mitgliedskörperschaften ein verlässlicher und berechenbarer Partner bei der Entwicklung der Kommunalfinanzen zu sein.

Dabei ist uns der Spagat gelungen, die übertragenen Aufgaben zu erledigen und trotzdem die erforderliche Haushaltskonsolidierung im Interesse unserer Mitgliedskörperschaften durchzuführen.

So ist es uns gelungen, in den letzten drei Jahren ca. 180 Mio. Euro im Haushalt zu konsolidieren und nachhaltig einzusparen. Hierbei wurde kein Dezernat ausgenommen, alle Ausgaben sind auf den Prüfstand gekommen und von Seiten der Kämmerei wurde mit jedem Dezernat eine Zielvereinbarung über die einzusparenden Beträge geschlossen.

Hierbei helfen uns unsere Anreizprogramme. Beispielhaft sei hier das auf Initiative der SPD-Fraktion auf den Weg gebrachte Programm „ambulant vor stationär" genannt. Hier konnte die Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe zwar nicht gestoppt, aber deutlich abgeschwächt werden. So konnte die Belastung für unsere Kommunen begrenzt werden. Eine deutliche Entlastung bei den Kosten der Eingliederungshilfe wird es aber erst geben können, wenn sich der Bund spürbar an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt. Hier wissen wir die Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft als guten Partner an unserer Seite.

WestLB und kein Ende, oder doch?

Die Abwicklung der WestLB und die sich daraus ergebenden Belastungen waren auch in dieser Legislaturperiode Thema für die LVR-Finanzen. Wie hoch werden die Belastungen für den LVR und damit für die Mitgliedskörperschaften, das war dabei die zentrale Frage. Neben den 120 Mio. Euro aus dem Rettungsschirm „Phoenix" betrugen die weiteren Belastungen nach Abschluss der Verhandlungen weitere ca. 25 Mio. Euro. Den Betrag konnten wir über die laufenden Haushalte abdecken, ohne unsere Kommunen weiter zu belasten. Hier gilt ein besonderer Dank der Verhandlungsführerin Ulrike Lubek, unserer sozialdemokratischen Landesdirektorin. Ihrem unermüdlichen Engagement ist es zu verdanken, dass sich die Belastungen aus der WestLB-Liquidation in Grenzen hielten.

Provinzial muss öffentlich-rechtlicher Versicherer bleiben!

Die Provinzial ist eine wesentliche Beteiligung des LVR. Aus dieser Beteiligung generieren wir jährliche Erträge von ca. 12,5 Mio. Euro. Unsere westfälischen Kollegen planten, ihre Beteiligung an der Provinzial NordWest an die Allianz zu verkaufen. Damit wäre das Ende der öffentlich-rechtlichen Versicherer eingeläutet worden, denn es wären auch Begehrlichkeiten für unsere Provinzial Rheinland entstanden. Den Bemühungen unserer SPD-Fraktion ist es zu verdanken, dass es nicht zu einer Privatisierung kommt. Nachdem mögliche Fusionen der beiden Provinzial-Unternehmen geprüft worden sind und diese zunächst nicht realisiert werden können, wird jetzt auch an Kooperationsprojekten gearbeitet. Hier sind auch die Sparkassenverbände als Miteigentümer in der Verantwortung, über ihr Sparkassennetz die Vertriebsstruktur der Provinzial zu stärken und auszubauen.

Kliniken zukunftsfähig aufstellen!

500 Mio. Euro sind notwendig, um unsere Kliniken für die Zukunft aufzustellen. Notwendige Investitionen in Ersatzbauten für die Standardbettenhäuser sind ebenso erforderlich wie dringend erforderliche Brandschutzsanierungen. Durch ein Finanzierungskonzept werden die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt. Begleitet wird das Projekt durch einen fraktionsübergreifenden Arbeitskreis. Das Investitionsvorhaben Kliniken geht zurück auf einen Antrag der SPD-Fraktion.

Umlagengestaltung:

Unsere Mitgliedskörperschaften erwarten von uns Verlässlichkeit in der Gestaltung der Umlage. Bei der Gestaltung der Umlage müssen wir Jahr für Jahr prüfen, wie sich die Belastungen für den Haushalt entwickeln. Hierbei sind Kostensteigerungen von 120 Mio. Euro jährlich in der Eingliederungshilfe zu berücksichtigen. Dank der guten Entwicklung der Umlagegrundlagen als Folge der gestiegenen Steuerkraft konnten wir die Stabilität des Umlagesatzes gewährleisten und uns an der mittelfristigen Finanzplanung orientieren. Betrachtet man die gesamte Legislaturperiode, konnten wir den Umlagesatz sogar leicht senken. Um unsere Kommunen nicht zu sehr zu belasten, haben wir auch jährlich Eigenkapital eingesetzt, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Wenn es uns aber nicht gelingt, deutliche Entlastungen in der Eingliederungshilfe zu erreichen, werden wir nicht mehr in der Lage sein, die zum Haushaltsausgleich notwendigen Beträge durch Haushaltskonsolidierung und den Einsatz von Eigenkapital zu erreichen. Dann werden wir, so wie viele Mitgliedskörperschaften, in die Haushaltssicherung kommen. Damit wird der Handlungsspielraum genommen und eine politische Gestaltung unseres Haushaltes schwieriger. Dieses gilt es durch eine zügige Umsetzung des Berliner Koalitionsvertrages, wonach die Kommunen bundesweit im Bereich Eingliederungshilfe um 5 Mrd. € entlastet werden sollen, zu verhindern.

Bei allen Aufgaben in der Finanzpolitik für die kommenden Jahre werden wir immer ein verlässlicher und berechenbarer Partner für unsere Mitgliedskörperschaften bleiben. Auf ihre SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland können sich die Kommunen im Rheinland verlassen!

Bau

Arbeitskreisleiterin
Barbara Soloch

Die Legislaturperiode 2009–2014 war geprägt von „Maßnahmenpaketen", in denen unter einheitlicher Themenstellung verschiedenste Bauvorhaben gebündelt wurden.

- Ein besonderes Anliegen war für uns die Sanierung der Pflegebereiche in den Schulen. Nach einer verwaltungsinternen Prioritätenliste wurden seit 2008 bis heute sechs Pflegebereiche in den KME-Förderschulen umgebaut und modernisiert. Das Programm soll fortgesetzt werden, bis der Sanierungsbedarf in den Schulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung abgearbeitet ist.

- Ein weiterer Themenschwerpunkt war die Flächenentsiegelung und ökologische Aufwertung von Schulhöfen. Nach einem Beschluss des Bauausschusses wurden von 2008 bis 2012 sechs Schulhöfe derart umgestaltet, dass Oberflächenwasser, wo möglich, frei versickern kann und die Gestaltung der Schulhöfe hinsichtlich der Bepflanzung und Ausstattung mit Spielgeräten ökologischen und pädagogischen Anforderungen entsprach.

- Im Jahr 2009 wurde von der Bundesregierung das Konjunkturpaket II als milliardenschweres Förderprogramm ins Leben gerufen. Hier haben wir auf einen möglichst großen Förderanteil gedrungen. Daraufhin hat der LVR 13 Maßnahmen mit einer Gesamtsumme von 37,87 Mio. € zur Förderung angemeldet, auf welche Zuwendungsbescheide in Höhe von 35,58 Mio. € erteilt wurden. Alle Maßnahmen sind im Bauausschuss eng begleitet worden und konnten fristgerecht durchgeführt und abgerechnet werden!

- Das 492 Millionen Euro-Programm für die LVR-Kliniken geht auf die Initiative der SPD-Fraktion zurück, ist ein LVR-internes „Konjunkturpaket" und stellt Finanzmittel für die bauliche Umsetzung der Zielplanungen in den LVR-Kliniken zur Verfügung. Das Programm umfasst insgesamt 52 Baumaßnahmen und ist bis 2020 angelegt. Zum Ende dieser Legislaturperiode ist ein Drittel der Budgetsumme baulich umgesetzt worden.

Sowohl das Konjunkturpaket II als auch das 492 Mio. €-Programm wurden im Rahmen eines interfraktionellen Arbeitskreises eng von der politischen Vertretung begleitet.

Die Weichenstellungen in der vorangegangenen Legislaturperiode haben dazu geführt, dass in dieser Legislaturperiode einige Schulneubauten errichtet

und fertiggestellt werden konnten. Hier sind natürlich die Schulgebäude in Stolberg und Bornheim zu nennen, aber auch die erste Turnhalle im Passivstandard für den LVR, welche in der Förderschule für körperliche und motorische Entwicklung in Köln fertiggestellt wurde. Momentan noch in der Ausführung ist der Erweiterungsbau für das Berufskolleg für Sozialwesen in Düsseldorf, der dann Mitte 2015 an den Nutzer übergeben werden soll.

Auch in die vorhandene Bausubstanz der Schulen wurde wieder erheblich investiert. Neben den vielen kleineren Sanierungsmaßnahmen (Dacherneuerung, Kesselanlagenaustausch) lag uns die energetische Sanierung des Berufskollegs Essen besonders am Herzen. Diese Dienststelle war bis dato ein großer Energieverbraucher, da sie die einzige klimatisierte Schule des LVR ist. Insbesondere die Kälteerzeugung über konventionelle Kältemaschinen verschlang im Betrieb große Strommengen. Durch Anpassung des Leistungsbedarfs und Änderung des Konzepts der Kühlung können zukünftig die Energieverbräuche der Schule signifikant reduziert werden.

Die generelle Tendenz der Energieeinsparung wird auch im aktuell vorliegenden Energiebericht 2012 wiederum dokumentiert. Trotz Flächenzuwächsen ist absolut gesehen eine Verbrauchsreduzierung eingetreten – Erfolg einer konsequenten Politik der Energieeinsparung.

Die erschütternden Ereignisse u.a. auch in Erfurt und Winnenden haben uns veranlasst, ein Projekt aufzulegen, welches sich mit der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen im Fall eines Amoklaufs an unseren Förderschulen beschäftigt. Dabei sollen neben einer frühzeitigen Alarmierung über einen solchen Vorfall auch Einschlussmöglichkeiten in allen Klassenräumen geschaffen werden. Den Einsatzkräften soll über eine verbesserte Beschilderung die Orientierung im Gebäude erleichtert werden. Diese Maßnahme befindet sich zurzeit in der Umsetzung.

Im Kulturbereich ist in dieser Legislaturperiode ebenfalls viel passiert.

Die ehemalige Synagoge in Titz-Rödingen konnte ebenso wie das Herrenhaus im RIM Ratingen nach sorgfältiger denkmalgerechter Sanierung fertiggestellt werden.
Auch die „Wiege des Ruhrgebiets", die St. Antony Hütte in Oberhausen mit ihrer spektakulären Überdachung, konnte dem Museum übergeben werden. Auch hier: konsequente Fortführung sozialdemokratischer Politik im Hinblick auf den Ausbau und Betrieb der rheinischen Industriemuseen.

Die vom Tagebau bedrohte Gaststätte Watteler wurde ins Freilichtmuseum Kommern transloziert und dort wieder aufgebaut. Die klassische Dorfgaststätte mit angeschlossener Metzgerei hat bei ihrer Wiedereröffnung 2013 bei vielen Besuchern Erinnerungen wachgerufen und deutlich gemacht, dass Geschichte gar nicht so lange zurückliegen muss.
Nach nunmehr 40-jähriger Betriebsdauer musste auch das Herzstück des Freilichtmuseums, die drei großen Holzpavillions, generalsaniert und modernisiert werden. Neben einer energetischen Ertüchtigung der Gebäudehülle wurde auch ein regeneratives Energiekonzept ins Werk gesetzt, welches die Betriebskosten des Museums deutlich verringern wird.

Ebenfalls revitalisiert werden konnte der ehemalige Gutshof auf dem Gelände der Abtei Brauweiler. Mit Fördermitteln des Landes konnte hier in einem ersten Bauabschnitt für die Stiftung

Kunstfonds Raum zur Archivierung von Künstlernachlässen geschaffen werden. Das Projekt erfährt möglicherweise seine zukünftige Fortsetzung in einem neu zu errichtenden Schaumagazin in unmittelbarer Nachbarschaft des Gutshofes.
Eine umfassende Brandschutzsanierung des historischen Abteigebäudes wurde durchgeführt, erhöht die Betriebssicherheit und schützt die historische Bausubstanz.
Als bereits realisierter Neubau im Kulturbereich wäre das SwiM (Schüler wohnen im Museum) im Bergischen Freilichtmuseum in Lindlar zu nennen.

Weitere Neubaumaßnahmen befinden sich noch in der Planung oder Ausführung. Insbesondere am Standort Xanten herrscht zurzeit rege Planungs- und Bauaktivität.
Die Sanierung und Herrichtung der alten Siegfriedmühle als weiterer Teil des Gastronomiekonzepts im Archäologischen Park steht kurz vor der Vollendung. Der die Mühle ergänzende Neubau mit Küche und Gastraum wird dann in 2015 folgen.
Parallel laufen noch die Planungen für das neue Besucherzentrum sowie den Neubau der Verwaltung, des Magazins und des Betriebshofes. In einem weiteren Bauabschnitt könnte sich zu diesem Ensemble zu einem späteren Zeitpunkt noch ein Enddeckerforum gesellen, welches ein gezieltes museumspädagogisches Angebot für die Besucher bereitstellt. Darüber werden wir in der nächsten Periode nachdenken.

Alle realisierten und noch in Planung befindlichen Baumaßnahmen haben und werden ein strukturiertes und mehrstufiges Controllingverfahren durchlaufen, in dem auf die Einhaltung der ökologischen Baustandards des LVR sowie der notwendigen Inklusionserfordernisse genauso geachtet wird, wie auf die Erreichung spezieller Kosten- und Flächenkennwerte. Den ganzen Bauablauf begleitet ein dezidiertes Berichtswesen, welches zur Information der Entscheidungsträger als auch zur Dokumentation des Bauablaufs verwandt wird. Visuell unterstützt werden die Berichte durch Ampelschaltungen, die dem Leser sehr schnell eine Orientierung zum jeweiligen Projektstatus ermöglicht. Instrumente, die sich nach Anregung auch aus der SPD-Fraktion sehr gut bewährt haben!

Jugend

Arbeitskreisleiter
Stephan Schnitzler

Ausschussvorsitzender
Prof. Dr. Jürgen Rolle

Das rheinische Modell

Kinder sind unsere Zukunft. Wer würde diesen Satz nicht unterschreiben. Allerdings reicht es nicht, dies wie eine Floskel vor sich her zu tragen. Es gilt, hierfür praktische Verantwortung zu übernehmen. Dies stand auch in der jetzt zu Ende gehenden 13. Wahlperiode der Landschaftsversammlung Rheinland im Zentrum der Arbeit des Arbeitskreises Jugend der SPD-Fraktion. Neben vielen anderen Aspekten standen insbesondere die folgenden im Zentrum unserer Arbeit:

Frühe Förderung – kein Kind zurücklassen

„Kein Kind zurücklassen" ist das Leitmotiv nicht nur der rot-grünen Landesregierung, sondern auch der SPD-Fraktion im LVR. Deshalb standen und stehen der Ausbau der U3-Plätze, die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und die Qualität der Betreuung oben auf der Agenda. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs für unterdreijährige Kinder auf einen Betreuungsplatz war für alle Beteiligten eine ungeheure Kraftanstrengung. Auch das Landesjugendamt Rheinland (Ausschuss und Verwaltung) stand vor großen Herausforderungen, galt es doch, die Umsetzung vor Ort zu begleiten und beratend zu unterstützen, Betriebsgenehmigungen auszusprechen und die großen Finanzmittel zu verteilen. Hier haben Verwaltung und Ausschuss fraktionsübergreifend in hervorragender Weise zusammen gearbeitet. Mit dem Kindergartenjahr 2013/14 stehen in NRW nun 144.883 U3-Plätze zur Verfügung.

Gleiches Recht für alle – von der Integration zur Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention setzt die Entwicklung zu einer inklusiven Bildung aller Kinder voraus. Dies bedeutet die Öffnung aller Bildungs- und Betreuungsinstitutionen für Kinder mit Behinderung. Hierfür hat sich die SPD-Fraktion im LVR nachhaltig eingesetzt. „Wir verfolgen das Ziel, dass künftig jedes Kind mit oder ohne Behinderung in allen Tageseinrichtungen im Rheinland eine gute inklusive Bildung und Betreuung vorfindet", so Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD), Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses.
Die neu beschlossenen Förderrichtlinien ergänzen die Förderung durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) und sehen eine jährliche Kindpauschale von 5.000 Euro pro Kind mit Behinderung vor. Damit wird das bisherige gruppenbezogene Konzept aufgegeben und das einzelne Kind in den Mittelpunkt gestellt. Mit diesem Geld stehen deutlich mehr Finanzmittel für die pädagogische Betreuung in den Kindertagesstätten zur Verfügung als bisher (zuvor 2.800 Euro). Die Kosten der Therapie sollen zukünftig durch die zuständigen Kostenträger, insbesondere die Krankenkassen, getragen werden, wie es auch in der 2011 in Kraft getretenen Heilmittelrichtlinie vorgesehen ist. Mit diesen Maßnahmen wird auch eine Angleichung an die Förderung im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erreicht.

Die Umsetzung soll endgültig zum Kindergartenjahr 2015/16 erfolgen. Allerdings wird der Übergang unter Einbeziehung der freien Träger fortlaufend evaluiert. Dabei soll u.a. geprüft werden, ob die angestrebten Ziele erreicht werden. Je nach Stand der erforderlichen Verhandlungen mit den Krankenkassen können die Umsetzungsfristen angepasst werden.

Gleiche Chancen für alle – Teilhabe ermöglichen

Auch in den Städten und Kreisen des Rheinlandes steigt die Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen. Armut bedeutet dabei nicht nur fehlendes Geld, sondern auch fehlende Teilhabe an Bildung, Kultur und gesellschaftlichen Aktivitäten. Es gilt, unter Einbezug aller wichtigen Akteure vor Ort, Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Kinder und ihre Eltern zu entwickeln und kommunale Netzwerke zu etablieren, um so nachhaltige Präventionsketten aufzubauen.

Auf Initiative der SPD-Fraktion ist beim LVR 2009 die Koordinationsstelle „Kinderarmut" eingerichtet worden, um die örtlichen Jugendämter in dieser Arbeit zu unterstützen. 2011 ist es gelungen, hierfür erhebliche Stiftungsmittel einzuwerben, so dass ein eigenes größeres Förderprogramm aufgelegt werden konnte. Bis Ende 2017 können danach 40 Jugendämter im Rheinland beim Auf- und Ausbau ihrer Netzwerkstrukturen gegen Kinderarmut finanziell gefördert und fachlich begleitet werden. Zurzeit ist die vierte und letzte Förderstaffel ausgeschrieben, die im August 2014 beginnen soll. Das LVR-Förderprogramm hat nachhaltig auch das Programm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen „Kein Kind zurück lassen! Kommunen in NRW beugen vor" beeinflusst. Erfolg macht Schule.

Aus der eigenen Geschichte lernen – Verantwortung übernehmen

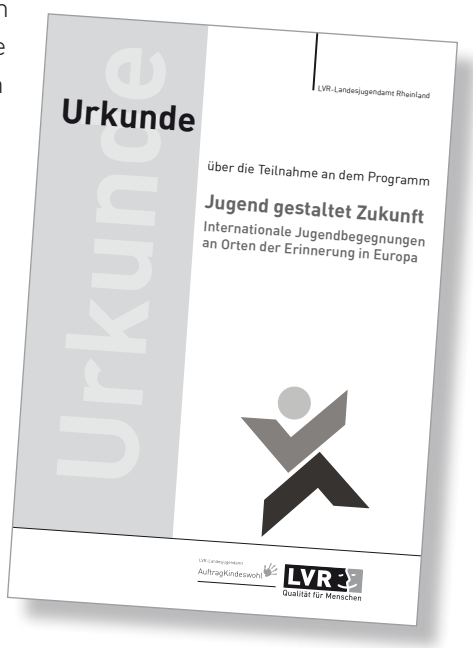
Bereits seit 2008 hat sich der LVR intensiv mit seiner eigenen Geschichte und dem Schicksal seiner ehemaligen Heimkinder beschäftigt. Im Juni 2010 ist hierzu die Heimkinderstudie des LVR veröffentlicht worden. In ihr werden die Vorgänge in seinen Heimeinrichtungen vom

Kriegsende bis in die 1970er Jahre untersucht. Es wurde deutlich, dass Erziehung in diesen Jahren oftmals von einem stark repressiven und diskriminierenden Charakter geprägt war. Die im Zeitverlauf erfolgte pädagogische Modernisierung trat im Vergleich zur parallel verlaufenden Fachdiskussion nur mit erheblicher Verzögerung ein.

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat sich einstimmig in einer Resolution zum Thema „Ehemalige Heimkinder" bei den Betroffenen für die vielfach erhaltenen körperlichen und psychischen Demütigungen entschuldigt und ihr tiefstes Bedauern ausgedrückt. Daher lag es auch nahe, dass beim LVR im Januar 2012 die Rheinische Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder die Arbeit aufnahm. Bei der Anlauf- und Beratungsstelle können ehemalige Heimkinder, die aktuell im Rheinland leben, Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975" beantragen. An diesem Fonds beteiligt sich der LVR im Rahmen des NRW-Anteils. An die Anlauf- und Beratungsstelle können sich alle Menschen wenden, die aufgrund der Heimerziehung Folgeschäden erlitten haben oder denen ein Ausgleich bei den Rentenansprüchen aufgrund nicht gezahlter Sozialversicherungsbeiträge gewährt werden soll.

Gegen das Vergessen – europäische Integration leben

Wie schon in den Jahren zuvor, ist für die SPD-Fraktion Jugendarbeit für Frieden, Freundschaft und internationale Verständigung ein wichtiges Anliegen. Das LVR-Programm „Jugend gestaltet Zukunft – Internationale Jugendarbeit an Orten der Erinnerung" bietet sozial benachteiligten Jugendlichen aus Einrichtungen der Jugendsozialarbeit internationale Begegnungen an Orten, an denen im Zweiten Weltkrieg Verbrechen an der Zivilbevölkerung geschehen sind. Dort arbeiten die Jugendlichen gemeinnützig, lernen die Menschen vor Ort kennen und reflektieren die damaligen Ereignisse. Als neuer Partnerort ist seit kurzem die Stadt Vingst in Ostflandern am Programm beteiligt.



Mit der Entscheidung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), von August 2013, das LVR-Programm unter die Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments zu stellen, hat diese beispielgebende Initiative des LVR nochmals überregionale Anerkennung erhalten.

Jugendhilfe Rheinland

Arbeitskreisleiter
Helmut Latak

Die Weichen sind gestellt

Die Bildung des Eigenbetriebes LVR-Jugendhilfe Rheinland ist in der 13. Periode der Landschaftsversammlung Rheinland umgesetzt worden. Hier hat die Gestaltungsmehrheit in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Opposition zielstrebig gearbeitet. Zahlreiche Veränderungen auf der personellen Ebene, aber auch Wechsel von Standorten und Einzelprojekten, prägten diese Phase der Einrichtung. In vier Einrichtungen, Halfeshof, Steinberg, Euskirchen und Fichtenhain werden von 345 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die von 35 MitarbeiterInnen im Verwaltungsbereich unterstützt werden, 400 Jugendliche pädagogisch betreut.

Die Einrichtungen Halfeshof und Fichtenhain halten als besonderes Merkmal Werkstätten vor, in denen die Jugendlichen eine abgeschlossene Ausbildung beispielweise als Schlosser oder Maler absolvieren können. Dieses Segment ist für die Jugendlichen und ihre soziale Entwicklung von entscheidender Bedeutung.
Für die Belegung durch die Jugendämter ist es oft ein ausschlaggebendes Kriterium, an dem vom LVR festgehalten wird.

Dieses Angebot gilt es weiter zu entwickeln und um weitere Angebote zu ergänzen, beispielsweise diverse mit Zertifikat versehene Helferausbildungen, die von den Kammern anerkannt

werden. Die Werkstätten können diese Herausforderungen mit motiviertem engagierten Personal und einer technisch guten Ausstattung meistern.

Neue Wege werden in den Einrichtungen der Jugendhilfe Rheinland auch in weiteren pädagogischen Feldern verfolgt, U-Haftvermeidung, Ambulante Familienhilfen, Betreutes Wohnen, Traumapädagogische Intensivgruppen, alles Themenbereiche, die vor allem der SPD-Fraktion am Herzen liegen, tragen dazu bei, dass die Einrichtungen der JHR nachgefragt werden und neben der Hilfe für die Jugendlichen auch dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit sicherzustellen. Der Umzug der Einrichtung Fichtenhain von Krefeld nach Viersen-Tönisvorst ist eine Verbesserung.

Personell sind die Häuser gut aufgestellt. Alle Einrichtungen haben in dieser Periode neue Leitungen bekommen. Den ausgeschiedenen Leitungen gebührt Dank, den neuen viel Glück bei ihrer Arbeit.

Ein besonderer Dank gebührt Frau Dr. Projahn, die – trotz Ruhestand – die kommissarische Gesamt-Betriebsleitung (gemeinsam mit Herrn Zensen) übernommen hat und mit großem Einsatz leitet.

Soziales

Arbeitskreisleiterin
Monika Berten

Ausschussvorsitzende
Conny Schmerbach

„Menschen mit Behinderung mitten unter uns in allen Lebensbereichen“

Schwerpunkt unserer politischen Arbeit bildete die Weiterentwicklung der Wohnhilfen in der Eingliederungshilfe. Wir haben viele Entscheidungen getroffen, um Angebote zu entwickeln, die es den Menschen mit Behinderung ermöglichen, selbstbestimmt zu wohnen.

Thema „Teilhabe am Arbeitsleben“

Mit Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention erkennen die Vertragsstaaten das gleiche Recht des Menschen mit Behinderung auf Arbeit an. Das beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die im offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Menschen mit Behinderung in der Umsetzung dieses Rechtsanspruchs zu unterstützen, stand im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit dieser Legislaturperiode.

Bei all unseren Entscheidungen ist es uns wichtig im Sinne einer individuellen und personenzentrierten Leistung, die Arbeits- und Beschäftigungsangebote weiterzuentwickeln, insbesondere auch in den rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Wir haben großen Wert darauf gelegt, dass durch Zielvereinbarungen mit den Werkstätten dieser Prozess unterstützt wird. Im Rahmen des LVR-Budgets für Arbeit werden durch unterschiedlich ausgerichtete Modellprojekte Anreize geschaffen, mehr Menschen mit Behinderung alternative Beschäftigungsangebote zur Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

In unserer politischen Arbeit haben wir die Teilhabe am Arbeitsleben von einer einrichtungsorientierten, hin zu einer personenzentrierten Leistung ausgerichtet. Die Leistungen zur Beschäftigung können wie bisher durch anerkannte Werkstätten erbracht werden. Wir haben aber auch Rahmenbedingungen geschaffen, die Menschen mit Behinderung in der Inanspruchnahme alternativer Beschäftigungsformen unterstützt.

Einen ganz entscheidenden Beitrag haben hierzu die folgenden Modellprojekte geleistet:

- Mit dem Modell „Übergang 500 Plus – mit dem LVR-Kombilohn" innerhalb des „LVR-Budgets für Arbeit" konnten bisher 251 Personen aus einer WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden.

- Von dem Modellprojekt „STAR – Schule trifft Arbeitswelt" zur vertieften Berufsorientierung und Übergangsbegleitung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf profitierten bisher 1.800 Schülerinnen und Schüler von 90 Förderschulen und 39 allgemeinbildenden Schulen mit integrativem Unterricht.

- Zwischen 2008 und 2012 wurden aus dem regionalen Arbeitsmarktprogramm aktion5 insgesamt 3.658 Förderungen für Menschen mit Behinderung und deren Arbeitgeber und einem Gesamtvolumen von 10,5 Mio. € gewährt. Der Landschaftsausschuss hat am 26.09.2012 die nahtlose Fortführung der aktion5 für den Zeitraum vom 01.01.2013 bis 31.12.2017 beschlossen.

- Der LVR-Zuverdienst, mit dem es Menschen mit Behinderung ermöglicht wird, mit Zuschüssen aus der Eingliederungshilfe und der Ausgleichsabgabe sog. Minijobs als Alternative zur Werkstatt zu erhalten.

Ein weiterer wichtiger Baustein sind für uns Maßnahmen zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen

Rund 300 Menschen mit Behinderungen profitieren von Zuschüssen iHv rd. 1,45 Mio. Euro, die überwiegend eingesetzt wurden zur Einrichtung von Arbeitsplätzen, für bauliche Maßnahmen zur Barrierefreiheit und für Kommunikationstechnologien für sinnes- und körperbehinderte Menschen, sowie die

Förderung von Integrationsprojekten

Der Sozialausschuss hat in den vergangenen 5 Jahren die Neugründung von 63 Integrationsunternehmen beschlossen. Damit wurde praktisch jedes zweite Integrationsprojekt im Rheinland in diesem Zeitraum gegründet. Rund 900 Arbeitsplätze wurden geschaffen bei Neugründungen bzw. Erweiterungen bestehender Integrationsprojekte. Mehr als 18 Mio. Euro sind für investive Maßnahmen und mehr als 26 Mio. Euro für laufende Leistungen bewilligt und ausgezahlt worden.

Selbstverständlich in unserer Arbeit ist für uns die Förderung der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets sowie eine adäquate Beschäftigung von Menschen mit hohem und besonderem Unterstützungsbedarf in den WfbM. Anders als in anderen Bundesländern können in NRW auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ein Beschäftigungsangebot in einer Werkstatt in Anspruch nehmen. Jeder Mensch mit Behinderung – unabhängig von Art und Umfang seines Unterstützungsbedarfs – hat damit einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung in einer WfbM und kann somit am Arbeitsleben teilhaben.

Aber auch die Weiterentwicklung der Strukturen in den Lebensbereichen Wohnen und Freizeit sowie die Stärkung der Partizipation von Menschen mit Behinderung sind für uns nach wie vor aktuell. Hier wird das von uns aktuell beschlossene Anreizprogramm zur Umwandlung stationärer Wohnangebote und Förderung einer inklusiven Sozialraumentwicklung, für das wir über einen Zeitraum von drei Jahren Fördermittel von bis zu 3 Mio. Euro im Haushalt bereitgestellt haben, sowie die finanzielle Förderung von Anlauf- und Beratungsstellen im Rahmen des Peer Counceling, einen entscheidenden Beitrag leisten. Weiteren Handlungsbedarf haben wir in der Versorgung von jungen Menschen in Pflegeeinrichtungen sowie einer adäquaten Bedarfsdeckung im Rahmen der Kurzzeitpflege und der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung gesehen.

Alle hierfür gefassten Beschlüsse sind Ergebnis einer konsequenten Umsetzung des Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und FDP!

Für die neue Legislaturperiode wird von besonderer Bedeutung sein, wie die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Arbeit und Beschäftigung im Rahmen einer Reform der Eingliederungshilfe mit dem erwarteten Bundesleistungsgesetz umgesetzt werden.

Inklusion

Arbeitskreisleiterin
Gertrud Servos

Ausschussvorsitzende
Dorothee Daun

Was heißt Inklusion?

- Allgemein bedeutet Inklusion das Einbeziehen von Teilen in ein und Hinzufügen zu einem Ganzen.
- Inklusion ist ein Konzept menschlichen Zusammenlebens.
- Diesem Konzept liegt die Überzeugung zu Grunde, dass von der Unterschiedlichkeit und Vielfalt jedes Menschen alle in der Gemeinschaft profitieren.
- Inklusion bedeutet daher vor allem, die Besonderheiten eines jeden Menschen zu erkennen, prinzipiell zu achten und sinnvoll zu nutzen.
- Inklusion ist ein ständiger, wechselseitiger Prozess, der in gegenseitigem Respekt dauerhaft fortgeführt werden muss.
- In diesen Prozess sind alle Menschen einzubeziehen – unabhängig von Alter, Geschlecht, finanzieller Situation, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.
- Dabei müssen behindernde Barrieren erkannt und beseitigt werden.

Ziel ist es, jedem Menschen die aktive Teilhabe an der Gemeinschaft zu ermöglichen.

UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Konkretisierung der allgemeinen Menschenrechte bezogen auf die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung/chronischer Erkrankung. Sie wurde 2006 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und trat 2008 in Kraft.

Seit 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in der Bundesrepublik Deutschland geltendes Recht. Bund, Länder und Kommunen haben sich verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention in ihrem Geltungsbereich umzusetzen.

Bereits in der 12. Landschaftsversammlung Rheinland (2004 – 2009) setzte die SPD-Fraktion in den Koalitionsverhandlungen mit den Partnern Bündnis 90/Die Grünen und der FDP durch, dass in der 13. Landschaftsversammlung Rheinland das Thema Inklusion ein Arbeitsschwerpunkt der 13. Landschaftsversammlung wird. Der Landschaftsausschuss der 13. Landschaftsversammlung bildete die Kommission Inklusion. Vorsitzende wurde Dorothee Daun (SPD).

Es wurde ein Kompetenzteam Inklusion gebildet, das auf Anregung der SPD-Fraktion als Querschnittsaufgabe in der Stabsstelle der Landesdirektorin Ulrike Lubek angesiedelt ist.

Ziel ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Tätigkeitsbereichen des LVR. In der gesamten Legislaturperiode war das Thema Inklusion der rote Leitfaden unserer Arbeit.

Information und Bewusstseinsbildung

2009 veröffentlichte die SPD-Fraktion die UN-Behindertenrechtskonvention in leichter Sprache. Am 6. Mai 2011 beschäftigte sich der Rheinische Kommunalkonvent „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ mit dem Thema.
In der Landschaftsversammlung am 14.12.2011 beschloss die Gestaltungsmehrheit gemeinsam mit der Fraktion Die Linke den Antrag 13/163 und machte so Inklusion zum Leitziel der Landschaftsversammlung Rheinland.

Bausteine der Inklusion

Auf Anregung der Vorsitzenden der Kommission, Dorothee Daun, setzten sich die MitarbeiterInnen der einzelnen Dezernate mit dem neuen Leitziel auseinander und stellten dann in einer Kommissionssitzung einzelne Projekte vor, die eine Umsetzung der Inklusion unterstützen und unseren politischen Anträgen entsprechen:

Dezernat „Personal und Organisation“

- Erhöhung der Anzahl von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung innerhalb der LVR Arbeitsbereiche
- Schaffung von Praktikumsplätzen
- Aufbau von Praktikumsstellen innerhalb der Verwaltung und in den Einrichtungen des LVR
- Aufbau von betriebsinternen Werkstatt-Arbeitsplätzen
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten
- Aktive Teilhabe/Mitarbeit von 10 LVR-MitarbeiterInnen am Weiterbildungslehrgang „Strategien zur Inklusion“ (2012/2013) der Fachhochschule Köln (Prof. B. Caster/I. Matheis), der am 25.2.2013 mit dem „Deutschen Weiterbildungspreis 2013“ ausgezeichnet wurde

Dezernat „Finanz- und Immobilienmanagement“

- Ausbau der baulichen und technischen Barrierefreiheit durch den Abschluss von Zielvereinbarungen mit der LAG Selbsthilfe NRW
- Entwicklung von inklusiven Wohnformen im Quartier und Bau entsprechender Wohnungen durch die „Beamtenbau“

Dezernat „Jugend“

- Einführung der „Kindpauschale“ für behinderte Kinder zum Besuch von Regeleinrichtungen
- Modellprojekt „Unterstützung und Begleitung von Kindern psychisch kranker Eltern“
- Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes für Anbieter inklusiver Freizeit- und Ferienmaßnahmen

Dezernat „Schulen“

- Einführung der Inklusionspauschale für behinderte Kinder zum Besuch von Regelschulen
- Modellprojekt „gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung an Förderschulen“ (LVR-Anna-Freud-Schule, Köln)

Dezernat „Soziales und Integration“

- Ausbau der Integrationsfirmen
- Programm Möglichkeiten des Hinzuverdienstes
- Förderprogramm für besonders schwerbehinderte Jugendliche
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Werkstätten für Menschen mit Behinderung anhand von Zielvereinbarungen

Dezernat „Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen“

- Versorgung behinderter Menschen im Krankenhaus
- Entwicklung eines inklusiven Sozialraums
- Weiterentwicklung des Programms „ambulant vor stationär“
- Öffnung der Angebote der Heilpädagogischen Hilfen für das Quartier

Dezernat „Kultur und Umwelt“

- Entwicklung inklusiver Angebote in den Museen des LVR
- Ausstellungsführungen für blinde oder gehörlose Besucher (guides in Gebärdensprache), sowie in leichter Sprache
- Programm „freier Eintritt ins Museum“
- Inklusive Programmangebote der Biologischen Stationen
- Inklusive Angebote sowie besondere Angebote für gehbehinderte, blinde oder gehörlose Menschen in den Naturparks durch besonders ausgebildete Rangers
- Jährliches „Fest der Begegnung“ von Menschen mit und ohne Behinderung.

Trotz dieser vielfältigen Angebote fehlte dem LVR noch ein Gesamtkonzept zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Gestaltungsmehrheit aus SPD, Grüne und FDP brachte es 2012 auf den Weg.
Der LVR-Aktionsplan ist erarbeitet und wird noch in dieser Periode verabschiedet.

Grundlage ist die Konzeption „Bausteine zum Aktionsplan des LVR zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“, die in der SPD-Fraktion von allen Facharbeitskreisen unter der Federführung von Gertrud Servos (Leiterin des Arbeitskreises Inklusion) erarbeitet wurde.

Politische Partizipation ermöglichen

Wer Inklusion ernsthaft umsetzen will, muss die Menschen mit Behinderung von Beginn an in alle Prozesse einbeziehen (Art. 3/c UN-BRK „full and effective participation in society ...").

Das Recht auf Partizipation, verstanden als selbstbestimmte Teilhabe, ist in der UN-Behindertenrechtskonvention als Querschnittsaufgabe nicht nur als allgemeine Verpflichtungen mehrfach verankert in Artikel 3 „allgemeine Grundsätze", Artikel 4 „allgemeine Verpflichtungen", Art. 19 „selbstbestimmt leben und Einbeziehung in die Gesellschaft", sondern verpflichtet die beigetretenen Staaten ausdrücklich dazu, Partizipation diskriminierungsfrei zu realisieren und zu fördern.

In Deutschland ist jedoch die politische Partizipation von Menschen mit Behinderung, gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung, bisher nur gering vorhanden.

Am 19.03.2012 veranstaltete der LVR daher auf Antrag der Gestaltungsmehrheit die Fachtagung „Politische Partizipation und Selbstvertretung".
Die Tagungsergebnisse zeigten deutlich, welche Chancen für die Gesellschaft in der politischen Partizipation der Menschen mit Behinderung liegen, die bis jetzt noch ungenutzt sind.
Es war der ausdrückliche Wunsch aller Fraktionen in der Kommission Inklusion, Menschen mit Behinderung als Selbstvertreter und Experten in eigener Sache in die Arbeit der Kommission einzubeziehen; die Geschäftsordnung wurde entsprechend geändert – die Kommission tagt heute öffentlich.

Der Antrag der Gestaltungsmehrheit, behinderte Menschen als stimmberechtigte Mitglieder in die Kommission zu berufen, scheiterte trotz intensiver Verhandlungen und Gespräche am NEIN der CDU.
Jetzt muss in der nächsten Wahlperiode eine entsprechende demokratisch legitimierte Lösung gefunden werden.

In der Zwischenzeit lädt die Vorsitzende Dorothee Daun behinderte Selbstvertreter als Gäste themenbezogen zu den Sitzungen ein.
Sie beschreiben ihre Lebenssituation und dabei treten ihre Fähigkeiten besonders deutlich hervor:

- blinde Frauen arbeiten erfolgreich in der Brustkrebsvorsorge (discovering hands)
- Menschen mit Autismusstörungen sind erfolgreich in der technischen Endkontrolle
- Menschen mit kognitiven Einschränkungen arbeiten erfolgreich im Service und in der Gastronomie
- gehörlose Menschen sind gute Handwerker

Es bleiben aber noch Bereiche, die noch näher zu betrachten sind:

- Schutz vor (sexualisierter) Gewalt bei Frauen und Mädchen mit Behinderung (Modellprojekt Selbstvertreter als Frauenbeauftragte in Einrichtungen)
- Behinderung und Elternschaft
- Behinderung und Migration
- gesundheitliche Versorgung/Pflege von Menschen mit Behinderung
- Behinderung und Lebensformen im Alter

Fachtagung Inklusion in Bonn – SPD-Fraktion verleiht 1. Inklusionspreis

Inklusion findet zu Hause, vor der Haustür statt. Daher muss in den Kommunen die Infrastruktur in allen Bereichen so gestaltet werden, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur zusätzlich hineinpassen, sondern von vornherein ganz normal, eben selbstverständlich und gleichberechtigt dazugehören. Infrastruktur meint dabei nicht nur Wege und Gebäude, sondern auch Institutionen an sich.

Eine Aufgabe, die nicht leicht zu bewältigen ist; daher veranstaltete die SPD-Fraktion am 3. Dezember 2013 – dem Welttag der behinderten Menschen – ihre Fachtagung Inklusion im LVR-LandesMuseum Bonn. Hier konnten die zahlreichen Besucher Informationen sammeln und diskutieren. Es wurden gute Beispiele vorgestellt und ein vielfältiges Kulturprogramm, das inklusiv gestaltet und dargeboten wurde, machte allen Besuchern viel Spaß.
Den Abschluss bildete eine Museumsführung in leichter Sprache mit dem Besuch der Ausstellung „Welt in Farbe".

Die Diskussionsergebnisse zeigten, dass noch viel Fachwissen, Fantasie und Mut gebraucht werden, bis Inklusion Alltag wird.

Zum „Mut machen" verlieh die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland ihren ersten Inklusionspreis, der von jetzt an regelmäßig verliehen werden soll.

Den Inklusionspreis erhielt das Bürgerzentrum „BüZe" in Köln-Ehrenfeld für seine erfolgreiche inklusive Arbeit. Sogar der Preis – eine Grafik – war durch eine Kölner Werkstatt, in der Künstler mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten, inklusiv gestaltet worden.
Eine Gesellschaft, in der Inklusion gelebt wird, bietet mehr Lebensqualität für alle!

Unter dem Leitziel „Inklusion beginnt im Kopf" werden wir uns auch weiterhin für die Teilhabe **aller** Menschen im Rheinland in Beruf und Freizeit einsetzen.

Schule

Arbeitskreisleiterin
Nicole Weiden-Luffy

Leitthema Inklusion

Die letzten 5 Jahre standen auch im Fachbereich Schule ganz unter dem Leitthema Inklusion. Der Landschaftsverband Rheinland hat es sich zum Ziel gesetzt, neben den Förderschulen in eigener Trägerschaft auch die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, die den Weg in die inklusive Beschulung suchen.
Bei der Diskussion um das 9. Schulrechtsänderungsgesetz ist es uns gelungen, die Belange unserer Schülerinnen und Schüler kompetent einzubringen und diese wichtigen Aspekte in die Gesetzgebung einfließen zu lassen.

Die Frühförderung sinnesbehinderter Kinder ist ein bedeutendes Arbeitsfeld. Diese Kinder sowie alle Schülerinnen und Schüler mit Sinnesbehinderungen, die im gemeinsamen Unterricht beschult werden, gehören auch unseren Schulen an. Durch diese Doppelzählung ist eine fachlich kompetente Unterstützung mit Sonderpädagogen weiterhin möglich.

Durch die vom Landschaftsverband gewährte Inklusionspauschale ermöglichen wir einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am Unterricht der Regelschule vor Ort. Neben sächlicher Ausstattung finanzieren wir bei Bedarf auch Fahrtkosten oder Förderkurse, wie beispielsweise Mobilitätstraining oder Tastaturkurse. Aber auch weiterhin sind wir bestrebt, die Förderschulen in unserer Trägerschaft zu unterstützen.

Wir beobachten aufmerksam die Schülerzahlentwicklungen und stellen bedarfsorientiert hochwertigen Schulraum zur Verfügung. Sollte es erforderlich sein, werden wir auch weiterhin (wie in den vergangenen fünf Jahren in Stolberg und Bornheim) erforderliche Neubauten realisieren.

Die Schülerinnen und Schüler aus dem Förderschwerpunkt körperlich-motorische Entwicklung erhalten in unseren Schulen einen auf ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmten Therapieplan, der von unseren Therapeuten vor Ort umgesetzt wird.

Im Bereich des Überganges Schule/Beruf begleiten wir unsere Schulen sehr eng. Ziel sollte es sein, dass unsere Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Schule einen Ausbildungsplatz erlangen bzw. eine adäquate Beschäftigungsmöglichkeit finden. Hierbei leisten die Sonderpädagogen im gemeinsamen Unterricht wertvolle Arbeit für die Schulabgänger mit Behinderung aus den Regelschulen.

Perspektivisch wird die SPD-Fraktion weiterhin tatkräftig an unserem großen Ziel der Inklusion weiterarbeiten. Dabei werden wir sehr bemüht sein, unsere Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf weiterhin ins Zentrum unserer Arbeit zu stellen und auch unsere LVR-Förderschulen auf dem Weg in die Inklusion zu begleiten.

Gesundheit

Arbeitskreisleiterin
Magret Schulz

Organisatorische Neugestaltung des Gesundheitsdezernates und der LVR-Kliniken

Ein Schwerpunkt der Periode 2009-2013 war sicherlich die Dezentralisierung der Organisation des gesamten Gesundheitsbereiches.

Hierbei sind folgende wesentliche Punkte aufzuführen:

- Stärkung der organisatorischen und unternehmerischen Verantwortung der Klinikvorstände
- Hervorhebung der Verbindung der 10 LVR-Kliniken durch Formulierung der Grundsätze des LVR-Klinikverbundes
- Konzentration der Beratungs- und Entscheidungszuständigkeiten der politischen Vertretung in den zu Fachausschüssen aufgewerteten Krankenhausausschüssen und im Gesundheitsausschuss
- Abschließende Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses in Personalfragen des Klinikverbundes
- Konzentration der Verwaltungszuständigkeiten im Gesundheitsdezernat hin zur Bildung einer Verbundzentrale
- Schaffung konkurrenzfähiger Anstellungsbedingungen für Beschäftigte in den LVR-Kliniken (Rahmenvorgaben für Verträge, Vergütungskorridore, leistungsorientierte Bezahlung)

Novellierung der Psych-PV und Beseitigung der BAT-Schere

Auch im Bereich Psych-PV konnte viel erreicht werden.

Hier die wichtigsten Punkte:

- Umsetzung der Nachverhandlung der Psych-PV mit rd. 350 neuen Vollkräften und einem zusätzlichen Budgetvolumen von rd. 32 Millionen Euro
- Verbesserung der Versorgungsqualität (Stichworte: Therapiezeiten an Wochenenden, neue Angebote wie Nacht-Cafe in der Gerontopsychiatrie, Home-Treatment)

Beseitigung des Investitionsstaus im Klinikverbund

Ein weiterer ganz wesentlicher Meilenstein zur Fortentwicklung hin zu einer modernen Psychiatrie ist die Beseitigung des enormen Investitionstaus unserer LVR-Kliniken. Hier haben wir ein Gesamtfinanzierungsprogramm des Klinikverbundes mit einem Volumen von fast 500 Millionen Euro für 56 Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im LVR-Klinikverbund beschlossen! Dessen Umsetzung läuft. Und die Maßnahmen bleiben bislang im Kostenrahmen!

Modellprogramme

Auch haben wir sehr erfolgreich weitere Modellprogramme gefahren.

Hier seien beispielhaft nur zwei genannt:

- Förderung gerontopsychiatrischer Zentren
- KipE Rheinland (Förderung Programm für Kinder psychisch kranker Eltern)

Zukunftsthema „Psychiatrie im Rheinland“

Um beim Thema Psychiatrie nicht nur baulich, sondern auch inhaltlich bestens aufgestellt zu sein, haben wir ein dreitägiges Psychiatrie-Symposium „Entwicklungsperspektiven der Psychiatrie“ als Auftakt der Implementierung einer „Zukunftswerkstatt zur Psychiatrie im Rheinland“ durchgeführt. Die Arbeiten laufen und werden uns auch in der Zukunft noch mächtig beschäftigen.

PEPP – Neues Entgelt für die Psychiatrie

Das Thema PEPP haben wir stets kritisch begleitet. Neben einer Fachtagung in 2013 haben wir hierzu eine Resolution erarbeitet und uns an die Landesregierung gewandt, um über den Bundesrat hier positiven Einfluss für die Patienten und Patientinnen geltend zu machen. Insbesondere auf Initiative unserer Fraktion ist das Thema in Berlin nach wie vor in der Diskussion. Zur Zeit werden Alternativen erarbeitet und unsere Initiativen geprüft. Wir bleiben dran!

Heilpädagogische Hilfen (HPH)

Arbeitskreisleiterin
Gerda Recki

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Erweiterung von Inklusion und Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit geistiger Behinderung waren handlungsleitend für die Arbeit des Ausschusses für die LVR-Heilpädagogischen Netze in der 13. Wahlperiode.

Im November 2010 wurde die Rahmenkonzeption der LVR-HPH-Netze für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Sie ist verpflichtende Leitlinie für zielgerichtete Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern.

Die stetige Qualitätsentwicklung der LVR-HPH-Netze wurde durch die neuerliche erfolgreiche Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems bestätigt.

Eine erste Kundenbefragung erbrachte weitere Hinweise für die Verbesserung der Dienstleistungsangebote; für die Kundinnen und Kunden bedeutete sie, in besonderer Weise ernst genommen zu werden und Einfluss nehmen zu können.

Fortführung des Grundsatzes ambulant vor stationär

Der weitere Ausbau des ambulant betreuten Wohnens – auch für Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf – ermöglicht nunmehr mehr als 600 Personen mit Unterstützung durch die LVR-HPH-Netze ein Leben in der eigenen Häuslichkeit.

Erleichtert wird dieses ambulant betreute Wohnen durch die Gründung von ambulanten Pflegediensten in den LVR-HPH-Netzen West und Niederrhein, die damit Menschen mit Pflegebedarf im ambulant betreuten Wohnen – Hilfen aus einer Hand – bieten.

Die Reduzierung der stationären Plätze wurde fortgesetzt. 67 Plätze – entsprechend 3,95 % – (Freie Wohlfahrtspflege 2,5 %) wurden mit der Rahmenzielvereinbarung II abgebaut.
Die LVR-HPH-Netze haben somit auch bei der Umsetzung der Rahmenzielvereinbarung Wohnen II eine Vorbildfunktion im Rheinland wahrgenommen. Die konsequente Umsetzung der Beschlüsse der Gestaltungsmehrheit haben dieses Ergebnis ermöglicht.

Anpassung und Ersatz – insbesondere nicht barrierefreien Wohnraums – für ambulante und stationäre Wohnangebote der LVR-HPH-Netze

- Die Dezentralisierung des LVR-HPH-Netz Niederrhein wurde durch den Bezug von 4 neuen Gebäuden in der Stadt Duisburg abgeschlossen.
- Für das LVR-HPH-Netz West wurde der Ersatz von 48 (72) nicht barrierefreien Plätzen in neuen Gebäuden vertraglich gesichert.
- Die Entwicklung der Wohnanlage Ledenhof des LVR-HPH-Netz Ost in Bonn-Villich zu einem inklusiven Wohnprojekt für Menschen mit und ohne Behinderungen wurde beschlossen.
- Ein Alternativprojekt zur Reduzierung der Wohnplätze für Menschen mit geistiger Behinderung im Areal Ledenhof mit 18 Plätzen wurde schon realisiert, ein weiteres für 24 Personen wird zzt. fertiggestellt.

Ausbau der Konsulentenarbeit und des LVR-Instituts „Kompass“ zur Beratung besonders schwieriger Einzelfälle der Eingliederungshilfe

Die dauerhafte Finanzierung des LVR-Institutes für Konsulentenarbeit – Kompass – wurde durch Umstellung auf Gewährung der Beratungsleistung im Rahmen der Einzelfallhilfe gesichert. Eine Evaluierung des Antragsverfahrens und des Leistungsgeschehens ist beauftragt.

Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am gesellschaftlichen Leben durch Angebote zur politischen Bildung, der europäischen Integration sowie deren Teilhabe an Kulturveranstaltungen

Eine jährliche Gesprächsrunde zwischen dem Ausschussvorsitzenden und den Fraktionssprecherinnen und -sprechern und den Vorsitzenden der Bewohnerbeiräte der LVR-HPH-Netze wurde erfolgreich installiert, damit Partizipation und Teilhabe an kommunalpolitischen Prozessen im LVR gewährleitet wird.

Die Wanderausstellung „außergewöhnlich“ wurde in allen Gebietskörperschaften mit guter Resonanz präsentiert. Darüber hinaus fanden weitere Präsentationen von künstlerischen Arbeiten von Menschen mit geistiger Behinderung an verschiedenen Orten statt.

Mit dem Inklusionsprojekt „Von der Isolation zur Inklusion – Ein Kunstfest als Meilenstein zu einem normalen Leben“ hat das LVR-HPH-Netz Ost 2010 den Wettbewerb der Deutschen Heilpädagogischen Gesellschaft (DHG) zum Thema „Teilhabe ist unteilbar“ gewonnen.

Intensivierung der Zusammenarbeit der LVR-HPH-Netze mit anderen Trägern der Behindertenhilfe und den Kommunen

Sozialraumorientierung und vermehrte Teilhabechancen sind die Zielsetzungen für die Angebotsentwicklung für die Unterstützung von Menschen mit geistiger Behinderung.
Für den weiteren Fortschritt bei der Entwicklung von sozialraumorientierten Angebotsstrukturen ist gemeinsam mit den Anbietern der Freien Wohlfahrtspflege ein kooperatives Miteinander geschaffen worden.
Die LVR-HPH-Netze arbeiten engagiert an einem stetigen Ausbau der regional sehr unterschiedlichen Kooperationen.

Das inklusive, generationsübergreifende Wohnprojekt in Duisburg-Mattlerbusch ist das Ergebnis einer Kooperation mit dem Verein für spastisch gelähmte und anderen körperbehinderten Menschen, Gesellschafter der Alsbachtal GmbH, unterstützt durch die Stadt Duisburg.

Realisierung voller Leistungen der Pflegeversicherung – SGB XI – und Teilhabeleistungen SGB XII unter Beibehaltung der heute in der LVR-HPH-Netzen realisierten Betreuungsqualität

Pflegebedarfen im Bereich des ambulant unterstützten Wohnens ist durch die Gründung von ambulanten Pflegediensten in den LVR-HPH-Netzen West und Niederrhein entsprochen worden.

Der Ausschuss hat sich über Möglichkeiten, Pflege- und Teilhabebedarfe im Bereich des stationären Wohnens zu realisieren, im Rahmen einer Informationsreise in Hamburg und Schleswig-Holstein informiert und die Verwaltung beauftragt, ein Konzept und ein Modellprojekt zu entwickeln, das berechtigten Personen die vollen Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz ohne Einschränkungen an der jetzt in den LVR-HPH-Netzen realisierten Betreuungsqualität ermöglicht.

Umwelt

Arbeitskreisleiterin
Ursula Mahler

Die Schwerpunktthemen für die SPD-Fraktion wurden bestimmt durch:

- die globale Klimaerwärmung, die alle Politikbereiche betrifft. Diese Situation wird sich auch weiterhin verschärfen.
- die Problematik der demografischen Entwicklung einschließlich der Beachtung und Umsetzung der Anforderungen zur Inklusion und Barrierefreiheit,
- die erkennbare Hinwendung vieler Menschen zu regionalen Themen, Identitätsfragen und Heimatbezug als Ausgleich für wachsende europäische und weltweite Globalisierung (Landschaftliche Kulturpflege).

Ein weiter vertieftes Umweltbewusstsein und die Bewahrung des landschaftlichen, kulturellen und natürlichen Erbes des Rheinlandes ist hierzu ein entscheidender Baustein. Alle Themenkomplexe stehen nicht unabhängig nebeneinander. Sie haben viele Überschneidungen und Vernetzungen, die nachhaltige Synergieeffekte einschließen. Die bestehenden Netzwerke im LVR wurden über den LVR hinaus mit überregionalen, regionalen und kommunalen Netzwerken verknüpft.

Klimaentwicklung

Die Klimaerwärmung mit ihren Auswirkungen war eines der wichtigsten Umweltthemen mit gravierenden Auswirkungen auch auf den LVR und die Kommunen. Die Landesregierung hat ein Klimaschutzgesetz verabschiedet, das die öffentlichen Stellen verpflichtet, Klimaschutzkonzepte zu entwickeln.
Die Forderung nach Intensivierung der CO2-Einsparung und Berücksichtigung der Klimathematik wurde und wird ein Schwerpunkt der Initiativen der SPD-Fraktion sein, z.B.

- Erarbeitung eines fundierten umfassenden Klimaschutzkonzepts für den LVR unter Federführung des LVR-Fachbereichs Umwelt gem. den zu erwartenden Regelungen des Landes, Vernetzung mit den LVR Nachhaltigkeitszielen und Maßnahmen,
- Informationstransfer und Netzwerkbildung zu externen und kommunalen Partnern,
- Kontrollierte beschleunigte Umsetzung der Energieeinsparungsmaßnahmen im Baubestand und beim Neubau,
- Nachhaltige, deutliche und kontinuierliche Einsparung durch die Fortführung der Umstellung des Fuhrparks und die Verbesserung der Organisation der Mobilität,

- Einbeziehung von Zielen der Nachhaltigkeit, CO_2-Einsparung und Kriterien der Regionalen Beschaffung in Beschaffung und Organisationsentscheidungen (Regionale Produkte),
- Verstärkte Integration der Klimaproblematik in Projekte und Maßnahmen der Kulturlandschaftspflege einschließlich aller Maßnahmen der Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Konsequente Fortführung der Öko-Audits,
- Verstärkte Information und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu allen Themenfeldern im Rahmen der Agenda 21, Fortführung der Zusammenarbeit in entsprechenden Gremien außerhalb des LVR, Informationstransfer und Netzwerkbildung mit der kommunalen Ebene.

Demografische Entwicklung und Inklusion

Der zunehmende Anteil älterer Menschen und die Anforderungen zur Inklusion erforderten eine Reaktion auch im Bereich der Angebote Freizeit, Erholung, Bildung und Kultur. Der LVR initiiert und fördert Bildungsangebote über das Netzwerk Umwelt, über die Zusammenarbeit mit den Rheinischen Naturparken und über seine vielfältigen Aktivitäten, z.B. barrierefreie Angebote der Biologischen Stationen oder der Rheinischen Naturparke. Hier hat die SPD-Fraktion bereits Akzente gesetzt.

Aber auch zukünftig gilt:

- Intensivierung der Beachtung von Inklusion und Barrierefreiheit in allen Tätigkeitsfeldern des LVR und bei allen Projekten des Fachbereichs Umwelt,
- Pflege der Internetplattform zum barrierefreien Natur- und Kulturerlebnis im Rheinland,
- Durchführung und Förderung von Musterprojekten in der Umsetzung der Inklusion, z.B.
  - Thematik der leichten Wege in den Rheinischen Naturparken
  - Angebote für Menschen mit Behinderungen im touristischen Umfeld

Kulturlandschaftspflege

Die Aufgaben der Kulturlandschaftspflege sind in erster Linie auf die Angebote für die Menschen im Rheinland ausgerichtet. Im Zentrum steht neben einer vielschichtigen Netzwerkarbeit und verschiedenen Projekten die Erfassung, digitale Dokumentation und Vermittlung des natürlichen und kulturlandschaftlichen Erbes im Rheinland (KuLaDig).
Dies geschieht in engem Schulterschluss mit dem Netzwerk Umwelt des LVR und den Biologischen Stationen, den Naturparken und einem differenzierten Netzwerk der Kulturlandschaftspflege, die auch die Umsetzung und den Projektbezug vor Ort sicherstellen. Diese erfolgreiche Arbeit soll fortgesetzt werden.
Die Themen „Urlaub im Rheinland" (Klimarelevanz) und „Förderung Regionalvermarktung" (Klimarelevanz) sind Projekte landschaftlichen kulturellen Erbes und Netzwerk Umweltbildung.
Für die Vermittlung der Inhalte ist ein Veranstaltungsformat entwickelt worden, das die Kulturlandschaften des Rheinlandes in Zusammenarbeit mit den Biologischen Stationen und den Naturparken sowie regionalen Partnern und Partnerinnen mit ihren Themen präsentiert, bewusst macht und so die Identifikation fördert. „Stadt, Land, Fluss" – die Tage der Rheinischen

Landschaft – 2011 und 2013 haben die Erwartungen vollauf erfüllt. Dieses erfolgreiche Format wird 2015 im Rhein-Erft-Raum fortgesetzt.

Kooperationsprojekte der Biologischen Stationen mit den Naturparken und/oder Mitgliedskörperschaften sind in den letzten Jahren aufgrund der Beschlüsse des Umweltausschusses intensiviert worden (z.B. Pflanzgutförderung, Perspektivenwerkstätte, Barrierefreiheit, KuLaDig, Naturschutz, Netzwerk Umwelt, Inklusion). Diese Beschlüsse wurden von der SPD-Fraktion initiiert oder nachhaltig unterstützt.

Kultur

Arbeitskreisleiterin
Ursula Schulz

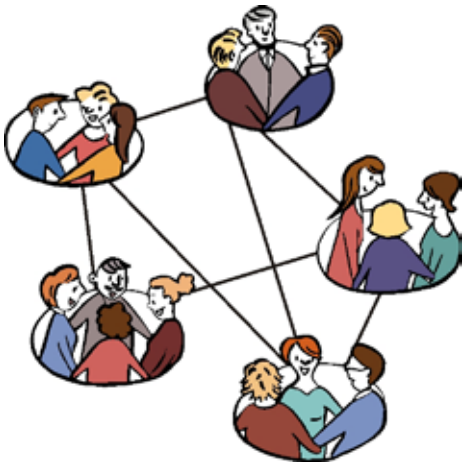
Vernetzt, verknüpft und inklusiv!

Auch in der vergangenen Legislaturperiode hat der LVR mit dezidierter Unterstützung der SPD-Fraktion seine unstrittige Rolle als kompetente wie verlässliche Instanz und zugleich Träger der „Marke Kultur im Rheinland" (Rheinische Kultur als Alternative) prominent und nachhaltig ausspielen können.

Von Alltagskultur bis zur Kunst – auf allen kulturellen Ebenen haben sich Zugang, Teilhabe und Demokratisierungsprozesse spürbar weiterentwickelt. Und dies nicht zuletzt durch eine Vielzahl differenzierter Vermittlungsangebote „für alle", aber auch in Teilen „von allen": Eine Entwicklung, die sozialdemokratische Akzentuierung und kulturpolitische Positionen auszeichnet.

Ob mit der Eröffnung des Fantasielabors im Max-Ernst-Museum des LVR als inklusivem Ort kultureller Bildung und Betätigung, oder der neuen Schülerherberge des LVR-Freilichtmuseums Lindlar, aus dem spannenden Angebot außerschulischer Lernorte am authentischen, weil historischen Ort, erwächst produktive Energie für künftige Generationen! Nur mit dem Verständnis für das kulturelle Erbe der Region lassen sich künftig Perspektiven auch in übergreifenden Handlungsfeldern gestalten. Das konkrete Beispiel hierfür ist die Vision 2020 des LVR-Industriemuseums, die uneingeschränkte Unterstützung der Fraktion erfahren hat. Auf Grundlage einer nüchternen Analyse werden zukunftsfähige Wege beschritten, die unserem Landesmuseum für Industrie und Sozialgeschichte einen Platz in der vor allem auch industriell geprägten Kulturlandschaft NRW sichern werden.

Ein ausgewiesener Schwerpunkt unserer Arbeit lag in der Erweiterung und Stabilisierung bestehender Netzwerke bzw. neuer Netzwerkprojekte. „Netzwerke", d.h. hier der Beschluss zu einer institutionellen Beteiligung an überregional bedeutsamen Orten des kulturellen Gedächtnisses dieser Region. Beispielhaft seien hier die verantwortliche Steuerung im Projekt Vogelsang ip, dem Energeticon in Alsdorf, dem Aufbau eines Zentrums für verfemte Künste und nicht zuletzt auch die geplante Übernahme einer künftigen Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum in Köln, genannt.



Mit diesen Aktivitäten setzt die SPD-Fraktion die kulturpolitische Ausrichtung konsequent fort, die sich mit dem Leitmotiv beschreiben lässt. Wir stellen uns unserer Geschichte. Mit der Aufarbeitung der Vergangenheit ist aber auch die Geschichte der Institution selbst in den Blick genommen worden, sei es durch die Aufarbeitung der Geschichte der Heimkinder oder der Durchführung des Projektes zur „Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte der Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen des LVR seit 1945".

Im vergangenen Jahr konnten wir 60 Jahre politischer Arbeit im Landschaftsverband Rheinland feiern. Die bisherigen Schwerpunkte unserer Arbeit werden wir fortsetzen und in unseren Beratungen und mit unseren Entscheidungen die „Marke Kultur im Rheinland" weiter profilieren und befördern.

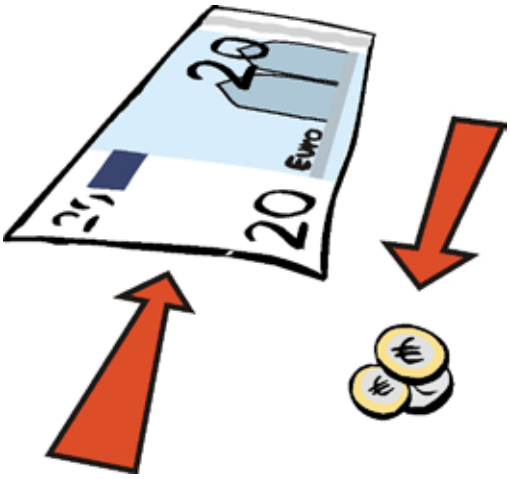
Rechnungs-prüfung

Arbeitskreisleiter
Dr. Hans Klose

Ausschussvorsitzender
Axel Kaske

Die Rechnungsprüfung liefert mehr als kritische oder gefällige Berichte aus der Historie. Sie dokumentiert, insbesondere nach Einführung von NKF, vergangenes Handeln, bewertet dieses und spürt Schwachstellen im Arbeitsablauf der Verwaltung auf. Dabei steht nicht die Denunziation im Vordergrund, sondern es geht darum, Systemmängel abzustellen und die jeweiligen Organisationsabläufe der Verwaltung zu verbessern. Wobei wir darauf achten, dass unsere Prüfungen misstrauensfrei und bei Vorschlagsumsetzung ohne nachfolgende belastende Arbeitsverdichtungen erfolgen. Unsere Prüfungen sind in der Sache korrekt, zuweilen – zugegeben – penibel, aber keineswegs böswillig und folgen dem Leitgedanken: Das Bessere ist der Feind des Guten. Bei der Prüfung bedienen wir uns der „örtlichen", d.h. der hauseigenen Rechnungsprüfung (§ 101 Abs. 8 GO NRW). Wenn in der Folge von „uns" gesprochen wird, sind also Ausschuss und örtliche Rechnungsprüfung zusammen gemeint.

Schwerpunkte unserer Prüftätigkeit waren die Jahresabschlüsse, erstmalig auch die Gesamtabschlüsse (konsolidierte Bilanzen), und die verschiedenen Verwaltungsbereiche nach ihrer Risikogewichtung. Was heißt das? Nun, wir konzentrieren uns bei der Prüfung nach Umfang, Prüfungstiefe, Dauer und Häufigkeit, auf die Bereiche, die besonders ausgabenintensiv sind. Dass dabei der Sozialbereich mit über 80 Prozent der Gesamtausgaben des Landschaftsverbandes im Vordergrund steht, liegt auf der Hand. Und wie schon in der vergangenen Wahlperiode, trafen wir auch hier auf eine höchst qualifizierte, kooperationswillige und verbesserungsfreundliche Verwaltung, die unsere Hinweise, Vor- und Ratschläge kreativ aufnahm und umsetzte. Die Einwerbung von



Drittmitteln, als da wären der Ersatz sozialer Leistung durch Dritte wie übergeleiteter Renten, Leistungen der Pflegeversicherung, Wohngeld etc., konnte so weiter gesteigert werden. Das hat und hatte positive Folgen für den Umlagesatz und zeigt so, wie gemeindefreundlich eine kompetente Verwaltung sein kann. Unseren Vorsatz aus der vergangenen Wahlperiode – jeden relevanten Verwaltungsbereich mindestens einmal in 5 Jahren zu prüfen – haben wir dabei nicht vergessen. Auch daran konnten wir uns halten.

Eine Sache haben wir nicht ausdiskutieren und umsetzen können, ja im Letzten auch nicht gewollt. Die Frage von Ergebnis- und Wirkungsprüfungen. Dazu vorweg eine – zugegeben – generalisierende Anmerkung: Die Hoffnungen, mit dem NKF ein weitgehend transparentes und steuerungsfreundliches Instrument in der Hand zu haben, haben sich nur bedingt erfüllt. Für viele Mitstreiter ist der „Zahlenfriedhof" noch größer und unübersichtlicher geworden. Und ob das Wissen um den Umstand, wie hoch die Bilanzsumme ist, das angestrebte Gemeinwohl befördert, darf auch bezweifelt werden. Die Frage, wie wirken sich unsere Beschlüsse aus, kann das NKF auch nicht beantworten. Genau vor diesem Hintergrund, dem nicht gehaltenen NKF-Versprechen, kamen die angesprochenen Ergebnis- und Wirkungsprüfungen ins Gespräch. Nun geht es aber hier weitgehend um Qualitäten und nicht um Summen und Mengen. Qualitäten sind aber ihrer Natur nach politische Angelegenheiten, sind an Meinungen, Einstellungen, an individuelle und kollektive Erklärungsmuster gebunden. Die Frage ist also: Was ist durch eine „Ergebnis- und Wirkungsprüfung" wirklich prüffähig und was auf keinen Fall? Wir sind hier noch zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen und haben eine Entscheidung darüber zurückgestellt. Wir sind sicher, dass die nächste Landschaftsversammlung eine Lösung finden wird, die einerseits der Politik „das Sagen" lässt, andererseits aber auch die wirklich messbaren Auswirkungen ermittelt und benennen kann.

Mitglieder der SPD-Fraktion in der 13. Wahlperiode (2009 – 2014)

Ihre SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland

Bacher, Götz

Stadt Köln

Mitglied seit 02.12.2010
Mitglied im Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf, Schulausschuss

Dr. Bentele, Karlheinz

Stadt Köln

Sachkundiger Bürger Finanzausschuss

Banemann, Jörg

Kreis Wesel

Mitglied seit 19.11.2012
Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau, Umweltausschuss

Bosbach, Wolfgang

Stadt Köln

Mitglied im Kulturausschuss, Kommission Regionale Kulturförderung, Bauausschuss bis zum 10.06.2013 (Sprecher)

Benninghaus, Walburga

Stadt Düsseldorf

Mitglied bis 14.7.2012
Mitglied des Vorstandes, Mitglied im Gesundheitsausschuss (Sprecherin), Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf, Landesjugendhilfeausschuss

Brink, Martin

Stadt Remscheid

Mitglied bis 11.02.2013 / verstorben
Mitglied im Schulausschuss, Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland (Sprecher)

Berten, Monika

Stadt Mönchengladbach

Mitglied im Sozialausschuss (Sprecherin), Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach (Vorsitzende)

Bröker, Jens

Kreis Düren

Mitglied bis 30.04.2012
Mitglied im Personalausschuss, Kulturausschuss, Krankenhausausschuss Bonn/Düren (Sprecher), Ökologischer Beirat LVR-Freilichtmuseum Kommern

Böll, Thomas

Stadt Köln

Sachkundiger Bürger, Fraktionsgeschäftsführer, Mitglied im Ältestenrat, Landschaftsausschuss, Bauausschuss, Finanzausschuss, Krankenhausausschuss Bonn/Düren, Kommission Europa/Migration

Ciesla-Baier, Dietmar

Stadt Köln

Mitglied im Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf (Sprecher), Krankenhausausschuss Viersen/Möchengladbach, Umweltausschuss

Ihre SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland

Daun, Dorothee

Stadt Solingen

Inklusionsbeauftragte der SPD-Fraktion, Mitglied des Vorstandes, Mitglied im Sozialausschuss, Schulausschuss, Kommission Inklusion (Vorsitzende)

Heidenblut, Dirk

Stadt Essen

Mitglied bis 31.10.2013
Mitglied im Gesundheitsausschuss (Sprecher), Krankenhausausschuss Bonn/Düren, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau, Kommission Albert Steeger Preis

Franz, Michael

Stadt Essen

Mitglied im Sozialausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland, Kommission LVR-Ehrenpreis für soziales Engagement

Hergarten, Winfried

Kreis Euskirchen

Mitglied im Schulausschuss, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Krankenhausausschuss Bonn/Düren, Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland, Ökologischer Beirat LVR-Freilichtmuseum Kommern

Gabriel, Joachim

Stadt Krefeld

Mitglied seit 25.09.2012
Mitglied im Kulturausschuss, Umweltausschuss

Hilbert, Petra

Stadt Krefeld

Mitglied seit 25.09.2012
Mitglied im Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf, Kommission Inklusion

Glitza, Raimund

Stadt Essen

Mitglied seit 27.11.2013
Mitglied im Gesundheitsausschuss

Holzhauer, Albert

Kreis Kleve

Mitglied des Vorstandes
Mitglied im Personalausschuss (Sprecher), Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau

von Grünberg, Bernhard

Stadt Bonn

Mitglied bis 31.10.2010
Mitglied im Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Sozialausschuss, Krankenhausausschuss Bonn/Düren

Joebges, Heinz

Kreis Viersen

Mitglied im Finanzausschuss, Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach

Kaiser, Manfred

Stadt Duisburg

Mitglied im Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Krankenhausausschuss Bonn/Düren, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau

Dr. Klose, Hans

Stadt Leverkusen

Mitglied des Vorstandes Mitglied im Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss (Sprecher), Kommission Europa/ Migration, Kommission Albert Steeger Preis

Kaske, Axel

Stadt Köln

Mitglied im Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss (Vorsitzender), Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf, Kommission Rheinlandtaler

Kösling, Klaus

Stadt Oberhausen

Stellvertretender Vorsitzender, Mitglied im Landschaftsausschuss, Finanzausschuss (Sprecher), Bauausschuss, Personalausschuss

Keil, Kajo

Stadt Düsseldorf

Sachkundiger Bürger Mitglied im Finanzausschuss, Krankenhausausschuss Köln/ Düsseldorf, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau

Latak, Helmut

Rhein-Erft-Kreis

Mitglied seit 04.05.2012 Mitglied im Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss Bonn/Düren, Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland (Sprecher)

Kiehlmann, Peter

Kreis Kleve

Mitglied im Sozialausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/ Mönchengladbach, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau

Lüngen, Ilse

Kreis Heinsberg

Mitglied im Schulausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach, Kommission Europa/Migration

Klein, Wilfried

Stadt Bonn

Mitglied seit 19.11.2010 Mitglied im Sozialausschuss, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Krankenhausausschuss Bonn/Düren

Mahler, Ursula

Oberbergischer Kreis

Mitglied des Vorstandes Mitglied im Kulturausschuss, Umweltausschuss (Sprecherin), Bauausschuss, Kommission Rheinlandtaler, Kommission Regionale Kulturförderung, Ökologischer Beirat LVR-Freilichtmuseum Lindlar

Ihre SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland

Nottebohm, Doris

Stadt Krefeld

Mitglied im Kulturausschuss, Umweltausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach (Sprecherin), Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Kommission Prädikat Behindertenfreundlicher Arbeitgeber

Recki, Gerda

Rhein-Sieg-Kreis

Stellvertretende Vorsitzende, Mitglied im Landschaftsausschuss, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen (Sprecherin), Rechnungsprüfungsausschuss, Krankenhausausschuss Bonn/Düren (Vorsitzende)

Nüse, Theodor

Stadt Duisburg

Mitglied im Krankenhausausschuss Bedburg-Hau, Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland

Prof. Dr. Rolle, Jürgen

Rhein-Erft-Kreis

Vorsitzender, Mitglied im Ältestenrat, Landschaftsausschuss, Kulturausschuss, Landesjugendhilfeausschuss (Vorsitzender), Personalausschuss, Kommission Inklusion

Ott, Jochen

Stadt Köln

Sachkundiger Bürger
Mitglied im Kulturausschuss

Schmerbach, Conny

Stadt Köln

Mitglied des Vorstandes, Mitglied im Landschaftsausschuss, Sozialausschuss (Vorsitzende), Kommission LVR-Ehrenpreis für soziales Engagement

Pohle, Sylvia

Stadt Duisburg

Mitglied bis 29.08.2013 / verstorben
Mitglied im Schulausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen

Schmidt-Zadel, Regina

Kreis Mettmann

Sachkundige Bürgerin
Mitglied im Gesundheitsausschuss, Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf, Kommission LVR-Ehrenpreis für soziales Engagement

Pommerening, Erich

Kreis Wesel

Sachkundiger Bürger
Mitglied seit 12.03.2013
Mitglied im Bauausschuss

Schnitzler, Stephan

Kreis Mettmann

Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss (Sprecher), Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland, Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf

Ihre SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland

Schulz, Margret

StädteRegion Aachen

Mitglied des Vorstandes, Mitglied im Gesundheitsausschuss (Sprecherin), Ausschuss für den LVR-Verbund HPH, Krankenhausausschuss Bonn/Düren (Sprecherin), Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach, Ökol. Beirat LVR-Freilichtmuseum Kommern

Walter, Karl-Heinz

Stadt Köln

Mitglied seit 19.02.2013
Mitglied im Bauausschuss, Schulausschuss

Schulz, Ursula

Stadt Wuppertal

Mitglied im Kulturausschuss (Sprecherin), Personalausschuss, Kommission Rheinlandtaler, Kommission Regionale Kulturförderung, Kommission Albert Steeger Preis (Vorsitzende)

Weber, Ulrich

Kreis Wesel

Mitglied bis 18.11.2012
Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss (Vorsitzender), Sozialausschuss, Umweltausschuss, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau

Servos, Gertrud

Rhein-Kreis Neuss

Mitglied im Sozialausschuss, Krankenhausausschuss Viersen/Mönchengladbach, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Kommission Inklusion (Sprecherin), Kommission Prädikat Behindertenfreundlicher Arbeitgeber

Weiden-Luffy, Nicole

StädteRegion Aachen

Mitglied des Vorstandes, Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss, Schulausschuss (Sprecherin), Krankenhausausschuss Bonn/Düren, Kommission Inklusion, Beirat LVR-Zentrum für Medien und Bildung

Soloch, Barbara

Stadt Essen

Mitglied im Finanzausschuss, Umweltausschuss, Bauausschuss (Sprecherin seit 11.06.2013), Krankenhausausschuss Bedburg-Hau

Wietelmann, Margarete

Stadt Mühlheim a.d. Ruhr

Mitglied im Kulturausschuss, Umweltausschuss, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen, Ökologischer Beirat LVR-Freilichtmuseum Lindlar

Spieß, Hanns-Jürgen

Stadt Essen

Mitglied seit 03.09.2013
Mitglied im Schulausschuss, Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogische Hilfen

Prof. Dr. Wilhelm, Jürgen

Rheinisch-Bergischer Kreis

Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland und des Landschaftsausschusses, Mitglied im Ältestenrat, Landschaftsausschuss, Kulturausschuss

Wucherpfennig, Brigitte

Kreis Kleve

Mitglied im Gesundheitsausschuss, Personalausschuss, Krankenhausausschuss Bedburg-Hau (Sprecherin)

Zepunkte, Klaudia

Stadt Düsseldorf

Mitglied seit 15.07.2012
Mitglied im Sozialausschuss, Krankenhausausschuss Köln/Düsseldorf

SPD

SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland

www.spd.lvr.de spd-fraktion@lvr.de

Jürgen Rolle

Fraktionsvorsitzender

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Tel 0221 809-7716
Mail juergen.rolle@lvr.de

Thomas Böll

Fraktionsgeschäftsführer

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Tel 0221 809-3436
Mail thomas.boell@lvr.de

Leila Soumani

Fraktionsgeschäftsstelle

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Tel 0221 809-2841
Mail leila.soumani@lvr.de

SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland
Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
www.spd.lvr.de spd-fraktion@lvr.de

Fraktionsvorsitzender: Jürgen Rolle
Fraktionsgeschäftsführer: Thomas Böll
Fraktionsgeschäftsstelle: Leila Soumani